



# Kollektive Vorbereitung sicherte gute Qualität

Die IV. Kreisdelegiertenkonferenz spiegelte sich nachhaltig im Leben der Parteigruppen unserer Grundorganisation wider. Insbesondere die in der Arbeitsbeschaffung genannte Aufgabe, Erhöhung des inhaltlichen Niveaus der Ausbildung und der klassenmäßigen Erziehung der Studenten, war wegen ihrer herausragenden Bedeutung für die zukünftige Arbeit Haupttagesordnungspunkt der Februarversammlung unserer Parteigruppe. Im Mittelpunkt der Diskussion standen folgende Fragen:

1. Welche gesetzlichen Aktivitäten zur Erhöhung des inhaltlichen Niveaus der Erziehung und Ausbildung gibt es, und welche Ergebnisse und positiven Beobachtungen liegen bereits vor?
  2. Wie liegen die Ressourcen zur Verbesserung der Studienleistungen?
  3. Wie kann die Rolle des Hochschullehrers im Erziehungs- und Ausbildungsbereich weiter erhöht werden?
  4. Wie haben wir es als Kollektiv verstanden, durch gesetzliche politische Arbeit mit den Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern und FDJ-Studenten Grundvoraussetzungen für die weitere Erhöhung der Studienleistungen zu schaffen?
- Die kollektive Vorbereitung der Parteigruppenversammlung und die Vergabe konkreter Aufgaben zu den Diskussions schwerpunkten schafften günstige Voraussetzungen für eine hohe Qualität.

Aus dem Leben der Parteigruppe „Lehrkörper“ der SED-Grundorganisation Kraftfahrzeug-, Land- und Fördertechnik berichtet Parteigruppenorganisator Genosse Dr. Walter Dietl

Das Ziel der Versammlung lautete: Aufdeckung der Reserven auf dem Gebiet der Ausbildung und klassenmäßigen Erziehung.

In einer lebhaften und parteilichen Diskussion, mehr als 15 Diskussionsbeiträge sind Ausdruck dafür, wurden die genannten Probleme beraten. Gerade zu den Fragen Hospitationsplan und Qualitätsmerkmale eines Hochschullehrers sind unterschiedliche Standpunkte prinzipiell geklärt worden. Auffassungen wie

- Hospitationen sind kein wirksames Mittel zur Erhöhung der Qualität der Erziehung und Ausbildung.

- Ergebnisse der Hospitationen sind subjektiv und somit nicht vergleichbar.

- Forderungen an den Hochschullehrer hinsichtlich der Qualifizierung zur Dissertation B sind überspitzt, da kein entsprechender Zeitfonds vorhanden.

- Abschluß der Dissertation B sichert auch keine höhere Qualität in der Erziehung und Ausbildung

- Ergebnisse der Hospitationen sind subjektiv und somit nicht vergleichbar.

Hochschullehrern, und der Erfahrungsaustausch ist immer noch die billigste Investition. Die ständig wachsenden Qualitätsanforderungen an den Hochschullehrer sind ein objektives Erfordernis der Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere der Wissenschaft und Technik. Unsere Aufgabe besteht darin, in allen Bereichen der Sektion die plannäßige Kadernutzung und Qualifizierung der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter zu sichern. Mit diesem Problem wird sich unsere Parteigruppe in den nächsten Wochen und Monaten sehr intensiv beschäftigen müssen. Im Ergebnis der Diskussion konnten unter anderem zwei für die weitere Arbeit wichtige Beschlüsse gefaßt werden:

1. Die Parteigruppe verpflichtet sich zur sofortigen aktiven Mitarbeit am Hospitationsplan für alle Vorlesungen der Sektion (23 Genossen erhielten dazu bereits kurzfristige Parteiaufträge).

2. Von den Genossen der Parteigruppe ist zu sichern, daß in allen Bereichen und FDJ-Studentengruppen noch intensiver politische Auseinandersetzungen zur Erhöhung des Niveaus

der Ausbildung und Erziehung geführt werden.

Am Ende der Parteigruppenversammlung waren sich alle Genossen einig in der Auffassung: Diese Versammlung war erfolgreich, sie hat ihr Ziel erreicht, weil für alle für die nächste Arbeitsepisode eine konkrete und abrechenbare Aufgabe auf dem Tisch lag. Aber noch eine zweite positive Seite sei genannt: Die Parteigruppenversammlung war auch deshalb erfolgreich, da wichtige Grundsätze der Leistungstätigkeit berücksichtigt wurden, z.B.

- kollektive Vorbereitung der Versammlung und Vergabe konkreter Aufgaben an die Genossen zu den Diskussions schwerpunkten,

- Schaffung einer schöpferischen Arbeitsatmosphäre durch ein nivauvolles, auf Probleme orientiertes Referat, Vorbereitung eines Beschlusstextes und Bekanntgabe des Ziels der Parteigruppenversammlung,

- Beschlusffassung zu den Aufgaben der Genossen für die nächste Arbeitsepisode auf der Grundlage eines langfristigen Arbeitsplanes.



IV. Kreisdelegiertenkonferenz der Parteigruppe TU. Oben: Abteilung. Unten: Wahlhandlung.

## Hervorragende Initiativen im „Aufgebot der Freundschaft“

Im Zeichen dieser Verpflichtung fand am 27. Februar 1974 die 6. Kreisdelegiertenkonferenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft statt. Die Konferenz dankte dem Kreisvorstand und seinem Sekretariat für die geleistete Arbeit, bestätigte nach eingehender Beratung das Referat und die Arbeitsbeschaffung und wählte die neuen Leitungen.



Sie wurden wieder in das Sekretariat des Kreisvorstandes gewählt



Genosse Professor  
Winfried Pippel,  
Vorsitzender



Genosse  
Dr. Hans-Jörg  
Raeuber,  
stellvertretender  
Vorsitzender



Genosse  
Dr. Egon Stein,  
stellvertretender  
Vorsitzender



Genosse  
Walter Malbricht,  
Sekretär

## Kreisvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an der Technischen Universität Dresden

Fedor Arlt, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften  
Dr. Rolf Arlt, Sektion Physik  
Ruth Brückner, Sekretariat Kreisvorstand der DSF  
Dietmar Buschbeck, Sektion Informationsverarbeitung  
Erich Dittrich, Industrie-Institut  
Dr. Martin Eberhard, Sektion Elektrotechnik  
Dr. Erhard Eichhorn, Direktorat für Internationale Beziehungen  
Dr. Horst Fischer, Sektion Architektur  
Ulrich Gotsch, Sektion Energiewandlung  
H.-Michael Helm, Sektion Informationstechnik  
Prof. Dr. H.-Jürgen Jacobs, Sektion Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen  
Dr. Jörg Kranawettreiter, Sektion Walzweresen  
Peter Krejick, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft  
Dr. Dieter Landgraf-Dietz, Sektion Informationstechnik  
Helga Leonhardt, Universitätsbibliothek  
Helga Mausolf, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft  
Günter Methner, Sektion Kraftfahrzeug-, Land- und Fördertechnik  
Dr. Bernd Müller, Sektion Bauingenieurwesen  
Prof. Dr. Gerhard Müsial, Prorektor für Wissenschaftsentwicklung  
Prof. Dr. Heinz Müller, Sektion Bauingenieurwesen  
Dr. Heinrich Nuszkowski, Sektion Informationstechnik

Jürgen Schröder, Sektion Verarbeitungs- und Verfahrenstechnik  
Dr. Gerd Sträumer, Sektion Berufsprädagogik  
Frank Tecky, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft  
Dr. Werner Teipeimann, Sektion Chemie  
Johannes Vogel, Sprachwissenschaften  
Franz Wagner, Fahrberwaltung  
Helmut Weigel, Direktorat für Weiterbildung  
Bike-Westphal, Sektion Berufsprädagogik  
Monika Ziemer, Sektion Informationsverarbeitung



Genosse Dr. Raeuber (links), Stellvertreter des Vorsitzenden und Genosse Malbricht (zweiter von links), Sekretär des Kreisvorstandes, nehmen teilnehmen am Wettbewerb „Von Freund zu Freund“ aus.

Foto: Schöffler, PSS

## Tatsachen und Argumente über die Bundesrepublik (II)

Repräsentanten, Unternehmensvertreter und bürgerliche Massenmedien der BRD ziehen an einem Strang, Schuld an der Misere sei die „Kapitalismus“ – die Wurzeln des Übelns liegen außerhalb der BRD!

Dabei bringt jeder Tag neue Beweise, daß es die Oligarchen in der BRD selbst sind, die das Treibstoffangebot künstlich verzögern, um die Preise und mit ihnen die Profite in schwierigster Höhe zu tragen und so einen großangelegten Rückzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung zu unterstützen.

Innerhalb eines Jahres – von November 1972 bis November 1973 – hat sich der Preis für letzten Haushalt – auch Anwohner des BRD-Bundesamtes für Statistik in Wiesbaden – um 224 Prozent erhöht. Schätzungen von Experten haben die Konsumentenkosten in den neuen Wohngebieten des neuen Bezirks Neubrandenburg 1973 um 27,5 Milliarden DM gestiegen. Damit röhrt die Preisentwicklung der Oligarchen im Jahre 1973 darum, daß die BRD-Bewohner für Mineralöl und Benzin 14 bis 15 Milliarden DM mehr ausgegeben müssten.

Und die anderen Konzerne benutzen diese Treib- und Brennstoffversorgung als willkommenen Vorwand, ihrerseits neue rigorose Preiserhöhungen durchzusetzen, zu noch brutaleren Formen der Nationalisierung überzugehen, mit der „Offizier“ Kurzarbeit, Entlassungen, Betriebsstilllegungen, Lohnabdrück, weitaus Abben sozialer und politischer Rechte zu „rechtfertigen“.

Diesseit Monopole und ihre Nachwälzer in den Regierungssessel aber haben noch die Firmen, Arbeiter und Angestellte weismachen zu wollen, daß so genannte Arbeitsplatz, sprich Ausbildung, und Arbeitnehmer, sprich Auszubildende, in einem Boot sitzen, daß die eingeschworenen Lohnforderungen der 10 Millionen Arbeiter und Angestellten, die mit der Jahrtausendwende im Tarifkampf stehen, nichts weiter.

Die letzten Urteile für die neuen sozialen Rahmenbedingungen, denen gegenüber die Widerstände der kapitalistischen Mächte, so auch der BRD, unterworfen werden, sind natürlich wieder in einer akuten Verknappung oder Versauerung des Erdöls doch in anderen kurzfristig aufgetretenen Erscheinun-

gen in der kapitalistischen Welt zu suchen. Die wirkliche Ursache dafür liegt im System selbst, in der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in der zunehmenden Verknappungzyklischen Krisen mit Strukturkrisen, die ineinander übergreifen. Heute ist es schon so, daß eine Teilkrise die andere abtötet oder mit ihr verzahnt ist:

Agrarkrise, Währungskrise, Energiekrise usw.

Liedregende dieser Entwicklung, die alle Gebrechen der überlebten kapitalistischen Ausbeuterordnung immer krasser zutage treten läßt, sind die arbeitenden Menschen. Das hat der ganze Verlauf des Jahres 1973 auch in der BRD bewiesen.

– zogen die Lebenshaltungskosten in der BRD im Oktober 1973 um 6,6 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresniveau, nachdem sie sich schon in den zehn Jahren von 1962 bis 1972 um 37,9 Prozent erhöht hatten;

– kletterten die Preise von September bis Oktober 1973, also innerhalb von zwei Monaten, für Bier um 8,7 Prozent, für Gemüse um 11,9 Prozent und für Fleisch um 12,4 Prozent; betrug die Versteuerung bei hellem Mischbrot 7,4 Prozent, bei Kartoffeln 10,2 Prozent;

bei Kornreis 10,5 Prozent, bei Schweinekotelett 18,1 Prozent und bei Fleischfilet 19,8 Prozent;

– nimmt generell die Zahl der Waren und Dienstleistungen, die sich innerhalb eines Jahres um mehr als 10 Prozent verteuern immer mehr zu;

– zogen die Preise für Mieten, Kohle, Schuhe, Gesundheitspflege, Zeitungen und Zeitschriften, Elektrizitätsarten für Kino und Theater ebenso wie die Gebühren für Leistungen der Post „überdurchschnittlich“ an.

Mitte Dezember 1973 beschloß beispielsweise der SPD/PDP-geführte Rat der Stadt Köln – gegen den Protest aus

weiteren Kreisen der Bevölkerung – Preiserhöhungen von 10 Prozent im Jahre 1973 eine Ware erheblich teurer machen als die gleiche Ware beispielweise im Jahre 1966. Wenn ein Gegenstand 1965 50 DM kostete und sich um 10 Prozent verteuerte, so waren das eben 5 DM. Heute, da vieles innerhalb weniger Jahre um das Doppelte im Preis gestiegen ist, machen 50 Prozent schon 10 DM aus. Und so soll es nach dem Willen der Monopole weitergehen. Offizielle Bonner Stellen geben längst zu, daß kein Ende der Inflation absehbar ist.

In Aachen stiegen die Eintrittspreise für städtische Schwimmbecken gegenwärtig erst dann die Rende zeit, wenn die Arbeiter mindestens 18 bis 20 Prozent mehr Lohn erhalten. Doch selbst eine deutliche Reallohnerhöhung würde gegenwärtig durch die permanenten Preissteigerungen die fortwährende Geldentwertung und die Wissensprogression ständig angeschoben.

Nach Berechnungen bürgerlicher Ökonomen steigen die Lebenshaltungskosten in den BRD seit dem Jahre 1970 schneller als je zuvor in einem vergleichbaren Zeitraum, nämlich um insgesamt 20,5 Prozent. Wenn diese Berechnungen noch eher zu niedrig als zu hoch angesetzt sind, so bestätigen sie doch deutlich: Vor allen Waren und Dienstleistungen, die zum Möglichen gehören, werden ständig teurer.

Dagegen muß man sehen, daß eine Preissteigerung von 10 Prozent im Jahre 1973 eine Ware erheblich teurer macht als die gleiche Ware beispielweise im Jahre 1966. Wenn ein Gegenstand 1965 50 DM kostete und sich um 10 Prozent verteuerte, so waren das eben 5 DM. Heute, da vieles innerhalb weniger Jahre um das Doppelte im Preis gestiegen ist, machen 50 Prozent schon 10 DM aus. Und so soll es nach dem Willen der Monopole weitergehen. Offizielle Bonner Stellen geben längst zu, daß kein Ende der Inflation absehbar ist.

Die Unzufriedenheit der Massen und Preise – eine chronische Erkrankung des Kapitalismus – wird immer offener zeigen.